

# Fujimori tritt zurück

Peru: Stellvertreter Marquez soll Übergangspräsident werden

LIMA: Nach zehn Jahren autoritärer Herrschaft will der peruanische Staatsoberhaupt Alberto Fujimori bis Dienstag zurücktreten. Während eines Aufenthalts in Tokio bestätigte Fujimori am Sonntag eine entsprechende Mitteilung des peruanischen Ministerpräsidenten Federico Salas. Unklar blieb, ob der aus Japan stammende Politiker überhaupt nach Peru zurückkehren will.

Bis zu den für April geplanten Wahlen und der Amtsübernahme eines neuen Präsidenten im Juli soll Fujimoris Stellvertreter Ricardo Marquez dessen Amtsgeschäfte weiterführen. Marquez sagte am Sonntag im Rundfunk, Fujimori habe ihn gebeten, seine Nachfolge anzutreten. Der im Mai bei umstrittenen Präsidentschaftswahlen unterlegene Oppositionsführer Alejandro Toledo kritisierte, die enge Verbindung von Marquez mit Fujimori mache ihn als Übergangspräsidenten ungeeignet.

Salas erklärte, Fujimori wolle die Gründe seines Rücktritts selbst darlegen. Jedoch sei es ihm wichtig, dem Demokratisierungsprozess nicht im Weg zu stehen.



Perus umstrittener Präsident Alberto Fujimori tritt zurück.

Fujimori war erstmals 1990 zum Präsidenten gewählt worden; in einer Art «Staatsstreich von oben» sicherte er sich bald darauf weitgehende Machtbefugnisse, die er für den Kampf gegen linksgerichtete Guerillabewegungen nutzte. Im Mai dieses Jahres wurde er in einer von Betrugsvorwürfen überschatteten Wahl zum dritten Mal gewählt, obwohl die Verfassung nur zwei Amtszeiten zulässt.

Das Ende der Ära Fujimori begann im September: Damals

wurde ein Video veröffentlicht, das den berichtigten Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos bei der Bestechung eines oppositionellen Abgeordneten zeigt. Danach entliess Fujimori seinen engsten Vertrauten und kündigte vorgezogene Neuwahlen an, bei denen er selbst nicht mehr kandidieren werde. Montesinos verliess Peru und beantragte in Panama Asyl, was jedoch abgelehnt wurde. Daraufhin kehrte er nach Peru zurück und ist seitdem verschwunden.

# Bush knapp vor Gore

930 Stimmen trennen die Kandidaten

WASHINGTON: Die Anwälte des Republikaners George W. Bush haben beim Obersten Gericht in Florida ein Ende der Stimmenauszählungen in Florida verlangt, damit das Ergebnis der Präsidentschaftswahl verkündet werden kann.

Bush führt bislang mit 930 Stimmen vor dem demokratischen Bewerber Al Gore; dieser besteht aber auf darauf, dass erst noch die Ergebnisse aller laufenden Kontrollzählungen abgewartet werden müssten.

Vor der mit Spannung erwarteten Anhörung des Gerichts am Montag erklärten die Rechtsvertreter des texanischen Gouverneurs Bush in einer schriftlichen Eingabe am Sonntag, dass sich die Innenministerin von Florida, Katherine Harris, streng an die Gesetze gehalten habe. Demnach sei nur eine Woche Zeit für Nachzählungen vorgesehen, und diese Frist sei am vergangenen Dienstag abgelaufen. Harris wollte das amtliche Endergebnis nach Auswertung der Briefwahlstimmen am vergangenen Samstag verkünden, wurde aber von

neuen rechtlichen Schritten der Demokraten daran gehindert. Bei der Anhörung am Montag 17.00 Uhr (23.00 Uhr MEZ) wollen beide Seiten ihre Sichtweisen vortragen.

Die von den Demokraten erzwungene manuelle Nachzählung in drei Bezirken könnte möglicherweise noch bis Anfang Dezember dauern, wenn das Gericht sie nicht für unzulässig erklärt. In diesen Bezirken, die als demokratische Hochburgen gelten, geht es um zusammen 1,6 Millionen Stimmen.

Unterdessen wurde auch das Endergebnis der Präsidentschaftswahl vom 7. November im US-Staat New Mexico verkündet. Gore gewann dort mit 481 Stimmen Vorsprung und sicherte sich so die fünf dort zu vergebenden Wahlmännerstimmen für die Entscheidung über die Nachfolge von Präsident Bill Clinton. Damit verfügt Gore jetzt über 267 Wahlmännerstimmen, Bush hat 246 dieser «electoral votes». Für den Sieg braucht einer der Kandidaten 270 Stimmen. Damit entscheiden die 25 Wahlmännerstimmen von Florida über den nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten.

## NACHRICHTEN

### Todesurteil gegen Öcalan soll bestätigt werden

ANKARA: Zwei Tage vor der Anhörung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zum Fall des kurdischen Parteichefs Abdullah Öcalan haben Angehörige türkischer Soldaten eine Bestätigung des Todesurteils gefordert. Etwa 50 Angehörige versammelten sich vor ihrer Abreise nach Strassburg vor dem Mausoleum des türkischen Staatsgründers Kemal Atatürk.

### Entscheidende Phase der Klimaschutzkonferenz

DEN HAAG: Die Klimaschutzkonferenz in Den Haag tritt heute in ihre entscheidende Phase. Umweltminister aus etwa 150 Staaten wollen bis zum kommenden Freitag ein Konzept zur Umsetzung des 1997 vereinbarten Protokolls von Kyoto vereinbaren, um der Erderwärmung entgegenzuwirken.

### Intellektuelle: Allianz gegen Iliescu



BUKAREST: Knapp zwei Wochen vor der Parlaments- und Präsidentschaftswahl in Rumänien hat eine Gruppe führender Intellektueller zu einem Bündnis aller prowestlichen Kräfte gegen den früheren Präsidenten Ion Iliescu (Bild) aufgerufen. Bei einem Wahlsieg von Iliescu Partei der Sozialen Demokratie (PDSR) bestehe die Gefahr einer Rückkehr zum Einparteiensystem, heisst es in der am Dienstag in Bukarest veröffentlichten Erklärung.

## Naher Osten: Bemühung um Entspannung

JERUSALEM: Israel und die Palästinenser haben am Wochenende sichtbare Anstrengungen unternommen, die Lage in den palästinensischen Unruhe-Gebieten zu entspannen.

Obwohl am Samstag und Sonntag erneut mindestens vier Menschen Opfer der Unruhen wurden, gab es Anzeichen, dass beide Seiten an einer Reduzierung der Gewalt bemüht sind. Mehrere Generäle verzeichneten ein Abflauen der Gewalt in den Palästinensergebieten. Generalstabsschef Schaul Mofas sah darin einen Erfolg der israelischen Armee.

Der für den Gazastreifen zuständige israelische General Jom Tov Samia sagte im Radio, dort seien in der Nacht zum Sonntag von palästinensischer Seite erstmals seit längerer Zeit nur fünf Schüsse abgefeuert worden. In den letzten Wochen sei mindestens 15 bis 20 Mal pro Nacht geschossen worden.

Auch im Westjordanland habe es eine gewisse Beruhigung gegeben, bestätigte Kommandant Noam Tibon. Palästinenserpräsident Jassir Arafat hatte am Freitag in den Medien bekräftigt, der palästinensische Sicherheitsrat habe einen «klaren Befehl» zur Eindämmung der Gewalt gegeben.

## EU: Stillstand bei Reformen

Unstimmigkeiten bei zentralen Fragen

BRÜSSEL: Drei Wochen vor dem Gipfel der Europäischen Union (EU) in Nizza sind die Unstimmigkeiten in zentralen Fragen der EU-Reform noch nicht ausgeräumt.

Nach einer Klausurtagung der EU-Aussen- oder Europaminister am Sonntag in Brüssel bezeichnete der französische Europaminister Pierre Moscovici den Stand der Verhandlungen teilweise als «etwas besorgniserregend». Bei der Frage der Ausweitung der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat etwa sei bisher nur wenig Fortschritt erzielt worden. Die Klärung dieser Frage sei jedoch «der

Schlüssel zu einem ambitionierten Vertrag» beim EU-Gipfel in Nizza. Bei anderen zentralen Machtfragen – der Grösse der Kommission und der Stimmgewichtung im Ministerrat – sprach Moscovici hingegen von «nützlichen und vielfach positiven Gesprächen».

Die Frontstellung zwischen kleinen und grossen EU-Staaten sei überwunden, und nun werde versucht, die Kommissionslinien in den schwierigsten Fragen herauszuarbeiten. So sei etwa die Mehrheit der Staaten inzwischen bereit, bei der Frage der Kommission einen Mittelweg zu gehen. Damit könnte

am Ende ein auf 20 Kommissare beschränktes Brüsseler Spitzengremium entstehen, bei einer auf 27 oder 28 Mitgliedsstaaten erweiterten EU.

Beim Gipfel Anfang Dezember in Nizza soll die bislang umfassendste Reform der EU unter Dach und Fach gebracht werden. Sie soll die Europäische Union für die Aufnahme der osteuropäischen Beitrittskandidaten rüsten. Für den 3. Dezember ist noch eine weitere Klausurtagung der Aussenminister vorgesehen. Aus Diplomatenskreisen in Brüssel hiess es, sie rechneten vor dem Gipfel in Nizza nicht mit einem Durchbruch.

REKLAME

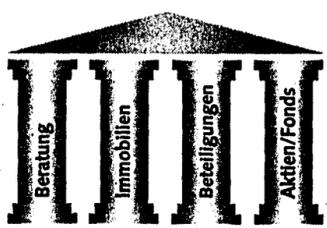
PROMANA INVESTAG

VISION UND ERFOLG

## Als Privatanleger Kapital erfolgreich anlegen und mehren!



«Privatanleger haben ein Recht, ihr Geld optimal anlegen zu können. Dies ist unsere Vision und unser Ziel.»  
Kurt Roman Doerig, Verwaltungsratspräsident



Wir arbeiten dafür, dass Privatanleger ihr hart verdientes Geld erfolgreich anlegen und mehren können. Darauf basiert unser Erfolg. Im Zuge einer Kapitalerhöhung können Sie jetzt Aktionär unserer erfolgreichen Investmentgesellschaft werden.

Die Verteilung des Aktienkapitals auf vier Säulen bildet das Fundament der Promana Invest AG. Anlagen in Aktien der Promana Invest AG sind eine Investition in eine gewinnträchtige Zukunft, die auch Sie jetzt unbedingt prüfen sollten.

Wir laden Sie ein: Bestellen Sie jetzt unsere Broschüre, die wir Ihnen unverbindlich senden! Fragen kostet nichts, sich informieren lohnt sich.

GEWINNEN SIE EINE PROMANA-AKTIE IM WERT VON CHF 360.-!

### Coupon für Gratisinformation

- Ja, bitte senden Sie mir die Promana Informationsbroschüre. Ich erhalte die Unterlagen kostenlos und ohne Verpflichtung.
- Ja, ich nehme an der Verlosung einer Promana Aktie teil.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Einsenden an: Promana Invest AG, Burggraben 16, 9000 St.Gallen  
Tel. 071 220 83 83, Fax 071 220 83 84, www.promana.ch

Tel. 071/220 83 86

Montag bis Freitag 9 bis 17 Uhr – Wir freuen uns auf Sie!